

Verlorener Markenkern

**Die Ex-Minister
Ernst Schwanhold
und Christean Wagner
befürchten
Weimarer Verhältnisse
und beklagen ein
Glaubwürdigkeitsproblem
bei SPD und CDU**

Zu ihrer Zeit als Parlamentarier gehörten beide Protagonisten zu den politischen Schwergewichten. Der Sozialdemokrat Ernst Schwanhold war über zehn Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages, zudem von 1995 bis 1998 wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes, bevor er ab dem 27. Juni 2000 in das Kabinett von Wolfgang Clement als Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr berufen wurde. Inzwischen hat sich Schwanhold formell aus der aktiven Politik zurückgezogen. Gleichwohl ist seine Meinung als Politikberater hinter den Kulissen des Bundestages weiterhin gefragt.

Dagegen ist der CDU-Politiker Christean Wagner immer noch politisch aktiv. Der frühere hessische Justizminister und langjährige Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag ist Mitinitiator des Berliner Kreises. Der Berliner Kreis ist eine informelle Gruppe von Landtags- und Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU, deren Ziel eine deutlichere Profilierung der Union und Rückbesinnung auf ihre christlich-sozialen, wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Wurzeln ist. Zum Berli-



Die Urgesteine von SPD und CDU, Ernst Schwanhold (li.) und Christean Wagner, setzen weiter auf die Ausgleichsfunktion der Volksparteien

ner Kreis gehören Persönlichkeiten wie Wolfgang Bosbach, Erika Steinbach, Mike Mohring, Veronika Bellmann und Carsten Linnemann – um nur einige Namen zu nennen. Von seinen politischen Gegnern wird Wagner als „harter Hund“, „konservative Allzweckwaffe“, „Hardliner“ und „Chef der Stahlhelmtrouppe“ apostrophiert – wobei dies nur eine kleine Auswahl von Attributen ist, die sich der Christdemokrat anhängen lassen musste. So wundert es nicht, dass Wagner innerparteilich zu den härtesten Kritikern der von Kanzlerin Angela Merkel propagierten Zuwanderungspolitik gehört und sich damit auf Gegenkurs zur Parteispitze bewegt.

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt treibt beide Ex-Minister die Frage um, ob sich ihre Partei aufgrund der Wahlergebnisse überhaupt noch als Volkspartei definieren darf und was getan werden muss, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dies vor allem mit Blick auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise und die Bundestagswahl des Jahres 2017. Mit Ernst Schwanhold und Christean Wagner sprach Joachim Schäfer.

Der Selbständige: Obwohl Umfragen die SPD im Bund bei nur rund 20 Prozent sehen und in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt die SPD marginalisiert wurde, erklärt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die SPD weiter zur Volkspartei. Setzen Sie andere Akzente als Frau Kraft und was müssen die Sozialdemokraten tun, um ihren verlorengangenen Markenkern zurückzugewinnen?

Ernst Schwanhold: Auch aus meiner Sicht ist die SPD immer noch eine Volkspartei, obwohl sie in manchen Regionen ein kümmerliches Dasein führt. Allerdings hat sie in Hamburg, aber auch in Rheinland-Pfalz, Ergebnisse erzielt, die durchaus einer Volkspartei würdig sind. Zum Markenkern: Die SPD ist in vielen Fragen gegenwärtig nicht mehr die Partei, die Antworten liefert, die die Menschen erwarten. Aus meiner Sicht verliert die SPD auch deshalb an Zustimmung, weil sie die Mitte freigibt. Zum Markenkern der SPD gehört, dass wir den Menschen, die aufstiegsorientiert sind und die aus ihrer Lebenssituation etwas machen wollen, eine Perspektive bieten. Und wir müssen für diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen, einen sozialen Ausgleich finden. Das heißt, am Anfang steht die eigene Leistung und der Staat hat eine Ausgleichsfunktion nur für die, die nicht leisten können. Das alles gehört zum Markenkern der SPD und ist in den Programmen der SPD niedergeschrieben. Leider ist vieles davon verloren gegangen. Schröders Agenda 2010 war die letzte große Antwort dieser Politik.

Der Selbständige: Im Kernland der CDU, in Baden-Württemberg, hat Ihre Partei ebenfalls eine desaströse Wahlniederlage erlitten. Die Prognosen für die Bundesebene dümpeln bei 32 Prozent dahin. Befürchten Sie nicht, sollte sich diese Entwicklung verschärfen, dass die CDU einen ähnlichen Weg gehen wird wie die italienischen Christdemokraten? Dies auch mit Blick auf die Erfolge der AfD, die sich damit rühmt, die Kernthesen der Union



„Zum Markenkern der SPD gehört, dass wir den Menschen, die aufstiegsorientiert sind und die aus ihrer Lebenssituation etwas machen wollen, eine Perspektive bieten.“

(Ernst Schwanhold)

Eine erfolgreiche CDU konnte einen Alfred Dregger und einen Norbert Blüm ohne Probleme unter ihrem Dach vereinen

aus den Zeiten Konrad Adenauers nunmehr zum eigenen Programm zu erheben.

Christean Wagner: In Baden-Württemberg hat die CDU ein katastrophales Wahlergebnis eingefahren. Daran gibt es nichts umzudeuten. Aber auch in Rheinland-Pfalz hat die CDU ihr schlechtestes Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Beide Länder waren bis vor kurzem noch Kernländer der Union. Das macht natürlich die Ergebnisse noch viel dramatischer. Die Ursachen liegen aus meiner Sicht klar und deutlich auf der Hand: Die Union hat in den letzten Jahren mehr und mehr die rechte Mitte stiefmütterlich behandelt. Dies mit der Folge, dass die AfD diesen Bereich abdeckt und damit in vielen Bundesländern sehr respektable Wahlergebnisse erzielt. Nachdem sich die AfD im Sommer 2015 gespalten hatte und sie politisch vor dem Aus stand, ist sie durch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wiederbelebt worden. Hinzu kommt, dass die AfD davon profitiert, dass 70 Prozent der CDU-Anhänger die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ablehnen. Deshalb erwarte ich von dem Teil der Bundesregierung, der von der Union gestellt wird, nunmehr eine deutliche Kurskorrektur. Die einladende Willkommenskultur-Politik der Bundesregierung wird von der Mehrheit

der deutschen Bevölkerung nicht mitgetragen. Das ist im Übrigen auch die Auffassung des Berliner Kreises, in dem ich mitwirke.

Der Selbständige: Die Koalitions-muster sind durch die Schwäche der FDP und das Aufkommen der AfD von der Regel zur Ausnahme geworden. Und auch die alte Faustregel „eine große Koalition geht immer“ gilt nicht mehr nach Stuttgart und Magdeburg. Wäre es da nicht das Beste, die Parteien versuchten das Naheliegendste: Die Tolerierung der von der jeweils stärksten Partei gestellten Minderheitsregierung? Diese könnte sich dann – je nach Fall – im Parlament um eine solide Mehrheit bemühen.

Ernst Schwanhold: Die politische Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg lag darin begründet, dass wir zwei starke Volksparteien hatten, die jeweils immer in der Lage waren, eine Koalition federführend mit einem Juniorpartner an der Seite zu gestalten. Dieser Wettstreit von CDU/CSU und SPD um die besten Lösungen hebt sich nun auf. Inzwischen haben wir ein Fünfparteiensystem und ich befürchte, dass sich die Parteienlandschaft noch weiter vergrößern wird. Ich sehe die Gefahr, dass wir auf Weimarer Verhältnisse hinsteuern. Deshalb ist es aus meiner Sicht dringend geboten, dass sich die beiden großen Parteien, jede für sich, ►



Foto: www.shutterstock.com

nunmehr verstärkt darum bemühen, ihren Markenkern wiederzubeleben, um in den Wettstreit um Lösungen einzutreten.

Christean Wagner: Ich stimme Ernst Schwanhold ausdrücklich zu. Die Entwicklung, die wir im Augenblick erleben, hat auch etwas mit der Frage der Stabilität unserer Demokratie zu tun. Die Bundesrepublik Deutschland war über Jahrzehnte stabil, als es eine starke Union und eine starke SPD gab. Und es gehört zur demokratischen Kultur – aber auch zum Erfolg einer Demokratie, dass sich zwei große Volksparteien in der Regierungsverantwortung immer wieder abwechseln. Diesen Stabilitätsanker gibt es nicht mehr. Die politische Lage hat sich dramatisch verändert. Wenn inzwischen in einigen Landesparlamenten CDU und SPD zusammen nicht einmal mehr über die absolute Mehrheit verfügen, ist das höchst beunruhigend. Von einer Minderheitenregierung halte ich nicht viel, weil diese zu einer noch größeren Instabilität führt. Wie Ernst Schwanhold schon sagte: CDU und SPD müssen ihren Markenkern wieder deutlich machen. Für die Union heißt das, dass das wirtschaftsliberale Profil wieder erkennbarer wird. Außerdem kritisiere ich, dass die Wertkonservativen in der Union, die einmal für 30 Prozent der Anhängerschaft gestanden haben, ignoriert, wenn nicht sogar bekämpft werden. Wenn ein prominenter Parteifreund



„Ich sehe in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung den Hauptgrund für das schlechte Ansehen von CDU und SPD.“

(Christean Wagner)

Flüchtlingskrise:
Die Weltgemeinschaft nimmt nach Meinung von Ernst Schwanhold ihre Verantwortung nicht ausreichend wahr

von mir meint, die Wertkonservativen müssten ohnehin CDU wählen, dann ist diese Aussage bereits durch die letzten Landtagswahlen deutlich widerlegt worden. Weiterhin gehört zum Markenkern der Union auch die christlich-soziale Politik. Eine Volkspartei lebt von ihren starken Flügeln. Und es ist geradezu das Erfolgsrezept der großen Volksparteien, dass sie unterschiedliche Strömungen in der Gesellschaft unter einem Dach vereinen und zu vernünftigen Kompromisslösungen führen. Eine erfolgreiche CDU konnte einen Alfred Dregger und einen Norbert Blüm ohne Probleme unter ihrem Dach vereinen.

Ernst Schwanhold: Ich sehe genau wie Christean Wagner in einer Minderheitenregierung keine Lösung. Das Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland war und ist die Stabilität und Verlässlichkeit der Politik über eine Legislaturperiode hinweg. Diese Stabilität und Verlässlichkeit hat unser Land für Investoren attraktiv gemacht. Wenn wir aber in der Bundesrepublik Deutschland Verhältnisse bekommen, bei denen am Anfang der Legislaturperiode nicht klar ist, welchen Weg das Land gehen wird, dann werden diejenigen, die über Investitionen entscheiden, sich Ausweichquartiere suchen und nicht mehr in Deutschland investieren. Dieser Gefahr dürfen wir uns nicht aussetzen. Denn ohne eine prosperierende Wirtschaft werden wir nicht mehr in der Lage sein, unsere Sozialstandards zu halten. Deshalb ist es geradezu die Pflicht der beiden großen Parteien, die dieses Land im Wesentlichen ganz gut regiert haben, wieder zu der Stärke zurückzufinden, die die von mir beschriebene Verlässlichkeit dokumentiert.

Der Selbständige: Christean Wagner erwähnte schon, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit der Merkelschen Flüchtlingspolitik nicht einverstanden ist. Gleichwohl wird die Bundeskanzlerin in ihrer Position massiv durch die SPD unterstützt. Ist die Flücht-

lingspolitik der Hauptgrund für die schlechten Umfrageergebnisse für beide Parteien?

Ernst Schwanhold: Natürlich gibt es hier einen Zusammenhang, weil die Menschen im Land, ob zu Recht oder Unrecht lasse ich einmal dahingestellt, sich bedroht fühlen. Stichwort: Bezahlbare Mietwohnungen und Ereignisse wie die in Köln. Dennoch müssen wir als liberales Land den Menschen den Zugang ermöglichen, die einen Anspruch auf Asyl haben. Deshalb ist es absolut notwendig, der heimischen Bevölkerung hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen eine Zukunftsorientierung zu geben und insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht verlieren. Wenn das Gefühl entsteht, dass wir nicht einmal wissen, wer in unserem Land lebt, dann sorgt das für Angst. Deshalb muss der Rechtsstaat seine Aufgaben wahrnehmen, sonst schwindet das Vertrauen. Und dieses mangelnde Vertrauen wird auch an der SPD festgemacht.

Christean Wagner: Wie ich schon sagte, sehe ich in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung den Hauptgrund für das schlechte Ansehen von CDU und SPD. Die Flüchtlingspolitik ist aus meiner Sicht aber auch dafür verantwortlich, dass rechts von der Union eine neue Partei, die AfD, am 13. März mit zweistelligen Wahlergebnissen aufwarten konnte. Ich erinnere an die Aussage von Franz Josef Strauß, der immer wieder beschworen hat, dass rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei entstehen darf. Deshalb werbe ich dafür, dass die Union auch wieder die Bindungswirkung für die Wähler entwickelt, die sich im Mitte-Rechts-Spektrum beheimatet fühlen.

Der Selbständige: Die Freiburger Denkfabrik SAT hat geschätzt, wie viele Flüchtlinge 2016 nach Deutschland kommen könnten. SAT kommt zu einem bestürzenden Ergebnis: Verschlechtere sich in afrikanischen Staaten die Lage dramatisch, könne



Foto: www.shutterstock.com

dies eine neue zusätzliche Bewegung in Richtung Europa auslösen. 6,4 Millionen Menschen würden dann versuchen, den Weg nach Deutschland zu finden. Für wie realistisch halten Sie dieses Szenario?

Ernst Schwanhold: Ich kann nicht beurteilen, inwieweit die Anzahl der Flüchtlinge aus Afrika, die die Freiburger Denkfabrik schätzt, realistisch ist. Ich befürchte aber, dass eine große Anzahl von Menschen aus Afrika sich auf den Weg nach Europa und damit auf den Weg nach Deutschland macht. Es ist aber unsere Verpflichtung, daran mitzuwirken, dass die Lebenschancen in den Ländern, aus denen die Menschen fliehen, erhöht werden. Da nimmt die Weltgemeinschaft und die Europäische Union ihre Verantwortung nicht in ausreichendem Maße wahr. Sollten die Freiburger Zahlen richtig sein, werden wir Veränderungen in unserer Gesellschaft bekommen, die noch viel größer sind, als wir erahnen können. Und wir werden dann Maßnahmen ergreifen müssen, die ich mir gar nicht vorstellen möchte.

Christean Wagner: Auch in diesem Fall teile ich die Analyse von Ernst Schwanhold. Darüber hinaus müssen wir die Überfremdungsängste der Bevölkerung wahr- und ernstnehmen. Wahr ist, dass die allermeisten deutschen Staatsbürger eine multikulturelle Gesellschaft ablehnen. Wir müssen selbst entscheiden können, wer zu uns kommen darf und wer nicht.

Ernst Schwanhold: An einem Punkt bin ich anderer Meinung als Christean Wagner. Wir haben in der Vergangenheit sehr stark von Zuwanderern profitiert, so in Süddeutschland, aber auch im Ruhrgebiet. Uns ist eine Integrationsleistung gelungen, die großartig ist. Wenn wir dies an den Anfang stellen und uns um intensive Integrationsleistungen bemühen, werden wir auch unserer geschichtlichen Verantwortung gerecht. Es haben auch mal Deutsche an andere Türen geklopft und wurden abgewiesen. Dass wir nicht alle Probleme der Welt lösen können, ist

klar. Dennoch entlässt uns diese Erkenntnis nicht aus der politischen Verantwortung.

Der Selbständige: Allerdings sollte man doch von Zuwanderern erwarten dürfen, dass sie sich genauso verhalten, wie die Italiener damals in Süddeutschland oder die Polen im Ruhrgebiet. Die Probleme, die wir heute mit muslimischen Zuwanderern haben, Stichwort: Scharia und die Rolle der Frau, standen damals ja nicht auf der Tagesordnung.

Ernst Schwanhold: Da bin ich völlig bei Ihnen. Wer in unser Land kommt, hat die gesellschaftlichen Regeln, die hier vorgegeben sind, zu akzeptieren. Wer hierher kommt, hat sich nicht nur an unsere Gesetze zu halten, sondern er hat auch eine Integrationspflicht. Dazu gehört zuallererst die deutsche Sprache zu erlernen und beruflich leisten zu wollen. Ich bin nicht bereit, diejenigen zu unterstützen, die nach Deutschland kommen, weil hier die höchsten Sozialleistungen innerhalb Europas vorgefunden werden. Deshalb plädiere ich auch für eine Differenzierung bei den Sozialleistungen. Wer hier lebt und gearbeitet hat, dann aber in eine Notlage geraten ist, müsste bei den Sozialleistungen anders bewertet werden, als ein Migrant.

Christean Wagner: Ich will die von Herrn Schwanhold vertretene unterschiedliche Betrachtungsweise gern aufgreifen. Ich bin eindeutig der Auffassung, dass es Obergrenzen bei der Zuwanderung geben muss. Schweden hat seine Grenzen geschlossen, weil seine Aufnahmefähigkeit erschöpft ist. Das Gleiche gilt für Österreich und andere EU-Staaten. Warum ist es so schwer, einzuräumen, dass es auch Obergrenzen für Deutschland gibt? Und es gehört zur Realität, dass diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind, in nicht unerheblichem Maße noch immer Probleme mit unserem Rechtssystem und unserer Kultur haben. Ich erinnere an die Frage der Religionsfreiheit, der Gleichberechtigung



Foto: www.shutterstock.com

Die AfD deckt nach Ansicht von Christean Wagner die rechte Mitte ab, die von der CDU stiefmütterlich behandelt wurde

„Wer in unser Land kommt, hat die gesellschaftlichen Regeln, die hier vorgegeben sind, zu akzeptieren.“

(Ernst Schwanhold)

gung von Mann und Frau und an die Selbstverständlichkeit, dass die Scharia nicht über unserer Verfassung und unseren Gesetzen steht.

Der Selbständige: Die EU hat der Türkei von Ende Juni an Visumfreiheit in Aussicht gestellt – im Gegenzug für das Entgegenkommen Ankaras in der Flüchtlingskrise. Kurdische Politiker und Türkei-Experten warnen: Ein Ende der Visumspflicht könnte zu einem neuen Zustrom von Flüchtlingen nach Europa führen. Die Rede ist von einer halben Million Menschen. Droht Ihrer Ansicht nach der Kollaps des Schengen-Abkommens bei einer Visumfreiheit für die Türkei?

Ernst Schwanhold: Die Visumfreiheit für die Türkei halte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch. Die Türkei ist gegenwärtig nicht in der Situation, dass sie Mitglied der Europäischen Union werden kann. Das hängt natürlich auch mit der Regierung Erdogan zusammen.

Christean Wagner: Diesem habe ich nichts hinzuzufügen. ■